

## INTERPRETATIONSPROBLEME EINER GESELLSCHAFTSGESCHICHTE DER DDR<sup>1</sup>

Wolfgang Engler

Soziologen und Historiker tun sich oft schwer miteinander, selbst, ja besonders dann, wenn sie denselben Gegenstand bearbeiten. Was sie voneinander entfernt, nicht selten in wechselseitiger Ignoranz verharren läßt, ist ihr unterschiedlicher, in gewisser Weise gegensätzlicher Zugang zum Gegenstand, Ausdruck und Folge unterschiedlicher professioneller Präferenzen.

Gewiß, die theoretischen Verallgemeinerungen der Soziologen taugen wenig, wenn sie nicht durch Beobachtung, durch Erfahrungsdaten erhärtet werden; auf der anderen Seite bleiben Quellenstudium und Quellenkritik der Historiker bei aller gebotenen disziplinären Skepsis gegenüber vorschnellen Abstraktionen auf Typen- und Modellbildung verwiesen, wenn sie den unverwechselbaren Charakter einer Epoche oder eines Zeitabschnitts erfassen wollen.

Soziologen wie Historiker besitzen kein unvermitteltes Verhältnis zum Gegenstand – sie konstruieren ihn, aber die soziologische Konstruktion des Gegenstands, seine Verwandlung in ein Objekt der Analyse läßt sich in der Regel noch immer weit stärker von theoretischen Vorannahmen, von begrifflichen Dispositionen leiten als das bei Historikern der Fall ist.

Dieselbe Ungeduld, mitunter Unduldsamkeit, die Soziologen bei der Lektüre historischer Darstellungen befällt, ergreift Historiker, wenn sie die Abhandlungen von Soziologen lesen; die einen warten auf den Begriff der Sache, die anderen auf die Sache selbst. Und wenn das Warten wieder einmal kein Ende nehmen will, hat es mit dem gegenseitigen Interesse schnell ein Ende. Im Sinne dieser kurzen Vorbetrachtung bitte ich nun meinerseits um Ihre Geduld.

Als Soziologe kann ich über mein Thema: „Interpretationsprobleme einer Gesellschaftsgeschichte der DDR“ nicht reden, ohne mich sogleich und ausführlicher als Ihnen möglicherweise lieb sein mag, mit den darin steckenden Vorannahmen zu beschäftigen – mit dem Begriff der Gesellschaft sowie mit der Berechtigung, die Geschichte der DDR als eine Geschichte der DDR-Gesellschaft bzw. der ostdeutschen Gesellschaft darstellen zu können. Letzteres ist, vom soziologischen Standpunkt aus gesehen, alles andere als selbstverständlich, vielmehr höchst kontrovers.

Die Interpretationsprobleme, von denen nachfolgend die Rede sein soll, sind im Kern Identifikationsprobleme. Strittig ist der Gegenstand selbst, seine Abgrenzung vom politischen System und dem zugehörigen Herrschaftsmechanismus sowie seine Verwandlung in ein theoretisches Objekt – die ostdeutsche Gesellschaft. Was man im Falle der DDR als Gesellschaft identifiziert (ob überhaupt etwas und nicht vielmehr nichts oder etwas ganz anderes), hängt entschei-

dend vom Vorverständnis, vom Begriff der Gesellschaft ab, den man an den nun historisch gewordenen Gegenstand heranträgt.

Der Gesellschaftsbegriff ist in meinem Buch – „Die Ostdeutschen“ – mit Ausnahme des Kapitels über die „arbeiterliche Gesellschaft“ nur ansatzweise bestimmt, auf eine eher intuitive, implizite Weise. Begriff und Sache auszuführen hätte bedeutet, ein soziologisch ebenso elementares wie in sich vielschichtiges Deutungsmuster von Émile Durkheim und Ferdinand Toennies her aufs neue zu befragen: Gesellschaft versus Gemeinschaft. Ein anderes Buch wäre entstanden. Auch hier kann dieses weite Feld nicht in gebotener Gründlichkeit bestellt werden; einige Andeutungen müssen genügen, die Rede von einer auf Gleichheit basierenden ostdeutschen Gesellschaft zu rechtfertigen.

An Gegenkonzepten war und ist kein Mangel: Gleich nach der Wende beschrieb der Soziologe Arthur Maier die DDR als eine prämoderne Ständegesellschaft und löste damit eine kurze, aber heftige Debatte in Fachkreisen aus; wenig später sprach der Philosoph Hans-Peter Krüger vom selben Gegenstand als von einer säkularisierten protestantischen Gemeinschaft ohne die für moderne Gesellschaften unabdingbare Ausdifferenzierung von Wertsphären; denselben Einwand gegen eine DDR-bezogene Verwendung des Gesellschaftsbegriffs erhob sein Kollege Peter Ruben, indem er auf die für „vollwertige“ Gesellschaften unabdingbaren Tauschbeziehungen zwischen den Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums hinwies.

Der Großteil der ernstzunehmenden Kritiken an den „Ostdeutschen“ variiert in der einen oder anderen Weise dieses Argument. Konsultiert man die soziologische Tradition, spricht zunächst vieles zugunsten der Vorbehalte gegenüber einer spezifisch ostdeutschen Gesellschaftlichkeit. Denken wir nur an Emile Durkheim und seine klassische Unterscheidung zwischen mechanischer und organischer Solidarität. Erstere kennzeichnet ein schwach entwickeltes System sozialer Arbeits- und Funktionsteilungen: alle tun alles oder doch das meiste gemeinsam, kollektiv, wobei der Umkreis der in Frage kommenden Tätigkeiten äußerst beschränkt ist, Tauschbeziehungen die Ausnahme und nicht die Regel sind, weshalb alle ungefähr dieselben Fähigkeiten, Vorstellungen, Gefühle und Ideen teilen. Der Individualisierungsraum des einzelnen ist praktisch wie geistig eng bemessen; das Individuum definiert sich über die Gruppe, das Kollektiv, das große Ganze, dem es, wie die Moleküle anorganischer Körper, in mechanischer Solidarität verbunden ist.<sup>2</sup>

Organische Solidarität dagegen basiert auf Arbeitsteilung, Spezialisierung, darauf, daß jeder und jede eine spezielle, für das Ganze unverzichtbare Funktion erfüllt und daher auch Fähigkeiten und Gedanken entwickelt, die nur ihm/ihr eigen sind. Das Gemeinschaftsbewußtsein nimmt weniger Platz im individuellen ein; die Individuen sind wie die Teile eines lebenden Organismus zugleich unersetzbarer und abhängiger voneinander als in der mechanischen Solidarität,

weshalb diese Form explizit gesellschaftlicher Abhängigkeit auch organische Solidarität heißt.<sup>3</sup> Individualisierung und Interdependenz entwickeln sich – dank entwickelter Arbeits- und Funktionsteilung – Hand in Hand, steigern sich mit- und aneinander. Von hier führt die Gedankenentwicklung zu Toennies, Simmel, Weber, Plessner bis zu Luhmanns Systemtheorie.

Was heißt das nun für die DDR als Gesellschaft betrachtet? Auf den ersten Blick wenig Ermutigendes. Zwar: Die DDR war keine Agrar„gesellschaft“; es gab Arbeits- und Funktionsteilung, Spezialisierung in der Wirtschaft sowie zwischen der Wirtschaft und den anderen Sektoren. Doch das machtpolitische Apriori der DDR bremste sowohl die wirtschaftliche Arbeitsteilung als auch die Ausdifferenzierung von Funktionssystemen; es beschnitt Autonomie und Eigenverantwortung der ökonomischen Subjekte ebenso wie die der funktionalen „Organe“ des Ganzen: Recht, Bildung, Wissenschaft, Kunst etc. Allenfalls könnte man hier periodisieren und auf die Reformprozesse der frühen sechziger Jahre hinweisen: stärkere Autonomie, Selbstverantwortung von Betrieben, von Brigaden und von einzelnen, Überantwortung der Austauschbeziehungen innerhalb der Wirtschaft sowie zwischen ihr und anderen Sektoren durch Medien wie Geld und Recht.

In dieser historisierten Perspektive wäre eine spezifische DDR-Gesellschaft kurzfristig und halbherzig von etwa 1963–1970 in Existenz getreten, um anschließend wieder das zu werden, was sie vordem war – eine vermachtete Protogesellschaft mit defizitären Austauschbeziehungen und stark gebremster Autonomie von Individuen und Funktionseinheiten, der mechanischen Solidarität näherstehend als der organischen, mehr „Zwangs“-Gemeinschaft als Gesellschaft.

In der wieder zunehmend „durchherrschten“ DDR der Honecker-Zeit führte, macht man sich diese Sicht der Dinge zu eigen, die Gesellschaft allenfalls ein Schattendasein. Die Rede von der „ostdeutschen Gesellschaft“ der siebziger und achtziger Jahre wäre ein Euphemismus und die Ausgangsidee der „Ostdeutschen“, zwischen politischem System, Herrschaftsmechanismus, Fremdbestimmung einerseits und gesellschaftlichem Leben andererseits zu unterscheiden, beruhte gerade in bezug auf diese Zeitspanne auf falschen Prämissen. Dem wäre weitgehend beizupflichten, gäbe es nicht noch eine zweite Dimension des Gemeinschafts-Gesellschafts-Paradigmas (schon bei Toennies). Sie ist der ersten nicht diametral entgegengesetzt, verschiebt aber dennoch die soziologischen Akzente.

Gemeinschaft in dieser zweiten Dimension meint: Präsenz, Nähe, unmittelbaren praktischen, emotionalen Austausch unter je Anwesenden; Gesellschaft dagegen meint: Austausch jenseits dieser Grenzen, mit Unbekannten, Fernstehenden, Fremden, emotional entlastete Kommunikation mit Menschen, denen man entweder nur mittelbar, zeitlich beschränkt verbunden ist oder nur peripher begegnet, flüchtig.

Hier das Reich der unmittelbaren, dauerhaften, informellen Beziehungen in Familie, Freundeskreis, Nachbarschaft, Wohngemeinschaft, Arbeitskollektiv, dort das Reich der mittelbaren, formellen, oft impermanenten Verhältnisse zu Vorgesetzten, Amtspersonen oder zu raum-zeitlich distanzierten, nur potentiellen Kommunikationspartnern.

Die Unterscheidung dieser beiden Dimensionen – rudimentäre und entwickelte Funktionsteilung, Beziehungen und Verhältnisse – ist für das Verständnis der ostdeutschen Art von Gesellschaft unverzichtbar. Zwar gilt als Regel, daß sich mit dem Übergang zu einem voll entwickelten System von Arbeits- und Funktionsteilung auch das Reich der Verhältnisse erweitert, des praktischen und symbolischen Austausches zwischen Fernstehenden und Unbekannten. Doch die DDR der siebziger und achtziger Jahre bildet die Ausnahme von dieser Regel: Die gesellschaftliche Funktionsteilung ist rückläufig und im selben Zuge befreit sich der gesellschaftliche Austausch, der Austausch zwischen einzelnen und Gruppen, mehr und mehr von genau jenen machtpolitischen Vorgaben, die diesen Regreß bewirken.

Die siebziger und achtziger Jahre sind in dieser entscheidenden Hinsicht gerade keine Kopie der fünfziger, sondern die Inkubationszeit des 89er Herbstes. Die gewaltsame Homogenisierung der DDR-Gesellschaft, die in den fünfziger Jahren zum massenhaften Exodus der damit Unzufriedenen sowie zur weitgehenden Eindämmung eines halbwegs autonomen gesellschaftlichen Lebens im Inneren führte, zeitigte nach dem Mauerbau und unter den veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen der siebziger und achtziger Jahre gegensätzliche Effekte. Zwangsweise auf die DDR verwiesen, wurde sich die Mehrheit der DDR-Bürger ihres Interessengegensatzes zum politischen System ironischerweise gerade durch den Druck bewußt, durch den dieses System sie in annähernd Gleiche und Gleichgesinnte verwandelt hatte. Die Gleichheit schloß soziale und persönliche Spielarten nicht aus, milderte aber allzu schroffe, spaltende soziale Kontraste. Sich mit anderen auszutauschen war zum einen notwendig, da sie auch anders waren als man selber und zum anderen möglich, da man sie als seinesgleichen wahrnahm. Wirtschaftliche Führungskräfte, Akademiker, Künstler, Pädagogen, Arbeiter, Angestellte, Genossenschaftsbauern; Bewohner von Großstädten, Kleinstädten, Dörfern unterschieden sich in mancher Hinsicht voneinander: Bildung und geistiger Horizont, Herkunft und Arbeitsweise, Gewohnheiten, Vorlieben und Interessen. Insofern existierte das spezifisch gesellschaftliche Problem, zwischen sozialen Kreisen, Vorstellungswelten und Wertsphären vermitteln und übersetzen zu müssen. Aber die Trennlinien waren nicht unüberbrückbar, es gab kaum Klassen- oder Ständeschranken (allenfalls Reste von Standesbewußtsein bei Ärzten, Anwälten, Kirchenleuten); alle lebten unter ähnlichen Umständen, fühlten und dachten auf naheliegende Weise und

konnten sich daher ohne große Schwierigkeiten ineinander hineinversetzen, miteinander kommunizieren.

Es gab keine, der westlichen Normalität vergleichbare soziale Segregation von Bildungswegen, Wohnumfeldern, Konsum und Freizeitvergnügungen, von Systemen der Versicherung und Gesundheitsvorsorge etc., und es existierte wenig Trennendes zwischen den Menschen: Geld- und Grundbesitz, soziale Inszenierungen wie Nimbus, Prestige etc. spielten eine geringe Rolle. Vorherrschend waren Tendenzen zur Verarbeiterlichung von Angestellten und Bauern, Intelligenz und Resten des alten Mittelstands sowie zum Ausgleich sozialer Barrieren und Differenzen (Einkommen und Konsumweise, Kompensation auch sekundärer Differenzen bei der Alters- und Gesundheitsvorsorge). Nach außen stark abgeschlossen, war die DDR nach innen in erheblichem Maße offen, bildete sie eine Gesellschaft *sui generis*. Mit anderen Worten: die DDR-Gesellschaft war gerade nicht verschwunden oder „abgestorben“, wie Sigrid Meuschel schon vor Jahren behauptete.<sup>4</sup>

In einem anregenden Aufsatz<sup>5</sup> hat Thomas Lindenberger Meuschels These ganz in meinem Sinne kritisiert, den gesellschaftlichen Raum sodann aber enger vermessen als mir richtig erscheint. Ich habe mich dazu an anderer Stelle kritisch geäußert (FAZ vom 11. September 1999) und damit eine Erwiderung des Autors herausgefordert (FAZ vom 21. September 1999).

Es geht hier nicht um eine Privatfehde, sondern um die Sache oder besser gesagt, um die Grundbegriffe, mit denen wir ein theoretisches Objekt konstruieren, ein vereinfachendes Modell, das der Sache möglichst nahe kommt.

Lindenberger kombiniert zwei Differenzen bzw. identifiziert sie unangemessen miteinander: erstens oben/unten sowie zweitens überindividuellen Austausch und individuellen bzw. interpersonellen Austausch; weil er Gesellschaft, Vergesellschaftung mit wirklichem Eigen-Sinn auf die Ebene des individuellen Austauschs, sprich des Austauschs unter Anwesenden, reduziert, ist er gezwungen, Gesellschaft als Gemeinschaft zu denken.

Ich stimme ihm zu: der Aktionsradius der DDR-Gesellschaft war „nach oben“ hin stark eingengt. In vertikaler Hinsicht blieb die ostdeutsche Gesellschaft bis fast ganz zuletzt eine Gesellschaft im Wartestand ihrer Selbstdarstellung und Selbstwahrnehmung. In horizontaler Hinsicht jedoch sprengte sie die Grenzen der Gemeinschaft, den Kokon der Beziehungsnetze definitiv, wurde die „Verinselung“ des Gesellschaftlichen zunehmend überwunden und überbrückt.

Wer in der DDR der siebziger und achtziger Jahre unterwegs war, traf allerorten Fremde, mit denen er schnell bekannt wurde und Erfahrungen austauschte; er nahm teil an einer höchst lebendigen und keineswegs übertriebenen ängstlichen Meinungsbildung über so gut wie alle gesellschaftlichen Probleme; er wurde des völligen Bruchs zwischen offiziöser Verlautbarung und explizit gesellschaftlichen Werten und Normen gewahr (freilich auch der Zerbrechlichkeit

und Anfälligkeit dieser flüchtigen Vergesellschaftungsformen gegenüber staatlichem Druck). Wer darüber hinaus das Glück hatte, in einer der großen Städte zu wohnen, insbesondere in Berlin, Leipzig oder Dresden, wurde Zeuge und/oder Akteur vielfältiger Subkulturen, die noch zu DDR-Zeiten gleichsam kollektiv aus der DDR auswanderten und das böse Spiel, das der Überwachungsstaat mit ihnen spielte, entweder ignorierten oder anarchistisch konterten.

Wer sich ein realistisches Bild dieser Subkulturen machen möchte, denen der Staat wenig mehr entgegenzusetzen hatte als eine niederträchtige Politik kleiner Nadelstiche in die Privat- und Intimsphäre (zuzüglich exemplarischer, aber eben punktueller Einschüchterungsaktionen), wer überdies dem Nachwendemythos vom Prenzlauer Berg mißtraut und erfahren will, wie es „wirklich“ war, dem empfehle ich den Dokumentationsband „Durchgangszimmer Prenzlauer Berg“, den Barbara Felsmann und Annett Gröschner im letzten Jahr im Lukas Verlag herausgaben.

Apropos: Gesellschaft im Wartestand. Horizontal im Grundsatz konstituiert, mit eigenen Werten, Normen, Zielvorstellungen ausgerüstet, war die DDR-Gesellschaft in vertikaler Hinsicht amputiert, ohne Kopf und Stimme, beschränkte sich ihre Gegenmacht auf Akte passiven Widerstands, auf kollektive Renitenz und Unterwanderungsstrategien. Die Samisdat-Literatur war ein Phänomen der achtziger Jahre und blieb trotz ihrer erstaunlichen Vielfalt auf kleine Kreise beschränkt, agierte also nicht auf der explizit gesellschaftlichen Ebene.<sup>6</sup>

Die Opposition formierte sich unter dem Dach der Kirche, blieb jedoch von der Mehrheit isoliert und zudem ohne nennenswerte Resonanz bei den intellektuellen Funktionseliten des Systems. Die SED-Reformer wiederum mieden mehrheitlich den Kontakt zu den oppositionellen Milieus und agierten weithin konspirativ.

Dennoch – und das ist das im Sinne einer indirekten Beweisführung für gesellschaftliches Leben stärkste Argument: die Schnelligkeit, mit der die DDR-Gesellschaft im Herbst 1989 ins öffentliche und politische Leben trat, die Selbstverständlichkeit, mit der sie sich ihre eigenen Organe schuf, verweisen auf eine zuvor im Grundriß bereits konstituierte Gesellschaftlichkeit.

Der 89er Herbst wäre das reine Mysterium, das unerklärliche Wunder, zu dem interessierte Fehldeuter (und altgediente Freunde der Totalitarismuslehre) ihn erklärten, hätte es die gesellschaftliche Inkubationsperiode der siebziger und achtziger Jahre nicht gegeben.

---

#### ANMERKUNGEN

1 Vortrag des Autors am ZZf am 30. März 2000. Von Wolfgang Engler erschien zuletzt das vielbeachtete Buch „Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land“, Berlin <sup>2</sup>1999.

2 Émile Durkheim, Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt a. M. 1992, S. 182.

3 Ebd., S. 183 f.

- 
- 4 Sigrid Meuschel, Revolution in der DDR. Versuch einer sozialwissenschaftlichen Interpretation, in: Hans Joas/Martin Kohli (Hg.), Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt a. M. 1993, S. 93ff.
  - 5 Thomas Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen (Einleitung), in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigensinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln-Weimar-Wien 1999, S. 32 f.
  - 6 Vgl. dazu das Kapitel „Gegen-Öffentlichkeiten“, in: Simone Barck/Martina Langermann/Siegfried Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999.